

P.B. Nr. 8

[dodis.ch/38531](https://dodis.ch/38531)

Peter Anton Feldscher an Max Petitpierre, 31. Oktober 1951

Die ungewisse politische Situation, in der sich das österreichische Staatswesen seit dem Jahr 1945 befindet, stellt seine Lenker mit fortschreitender Entwicklung auf innen- und aussenpolitischem Gebiet vor immer schwierigere Aufgaben. Zwar lässt sich nicht bestreiten, dass rein wirtschaftlich betrachtet, sämtliche Bewohner Österreichs in unvergleichlich besserer Weise leben, als es nicht nur vor sechs, sondern auch vor drei Jahren der Fall war. Landwirtschaft und Industrie haben einen ausserordentlichen Aufschwung genommen und die Belebung, die von ihnen und in bescheidenerem Masse von Handel und Gewerbe ausging, ist in alle Schichten der Bevölkerung gedrungen. Das Hauptverdienst an dieser erfreulichen Aufwärtsbewegung muss der amerikanischen Marshallplanhilfe zugeschrieben werden, doch zeigt sich nun auch die problematische Seite dieser Hilfe in dem Augenblick, in welchem sie sich ihrem Ende nähert und abgebaut wird. In den Kreisen der Nutzniesser der Hilfsaktion hat man in zu grosser Sorglosigkeit damit gerechnet, dass die Unterstützung von Amerika zum mindesten so lange weiter gewährt werde, als die Gefahr aus dem Osten andaure, und auch die amtlichen Äusserungen wiesen immer wieder darauf hin, dass Österreich die Funktionen eines «kulturellen» Bollwerkes des Abendlandes erfülle, das man sicherlich nicht im Stich lassen werde. «Uns kann nix g'schehn» war die optimistische Grundstimmung, die sowohl in Kreisen der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer herrschte und die genährt wurde durch die Verschärfung der Polemik mit den Kommunisten einerseits, sowie durch die materielle und moralische Unterstützung andererseits, die die Regierung der Vereinigten Staaten der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Regierung in diesem Kampfe zuteil werden liess. Es mag zugegeben werden, dass nicht vorauszusehen war, dass die Besetzung Österreichs sich dermassen in die Länge ziehen werde und dass es psychologisch einigermaßen verzeihlich erscheint, wenn die amerikanischen Gelder, im Vertrauen auf den Abschluss des Staatsvertrages und den Abzug der Besetzungstruppen, nicht im verlangten und wünschbaren Ausmass den Zwecken der Produktion, sondern nicht weniger als zur Hälfte der Konsumation zugeführt wurden. Bei den Lockungen und Druckmitteln, denen die Arbeiterschaft von seiten der sowjetrussischen Betriebe ausgesetzt war und angesichts der totalen Verarmung des Mittelstandes, war es verständlich, dass

man den kommunistischen Angriffen möglichst wenig Ziel und Angriffsflächen bieten wollte. Wäre diesen ein gewisser Erfolg beschieden gewesen, so musste bei der offenen Unterstützung, denen sich die Kommunisten seitens der sowjetrussischen Besetzungsmacht erfreuen, mit einer Radikalisierung der Arbeitermassen und revolutionären Versuchen zum Sturze der Koalitionsregierung gerechnet werden. Den Beweis hiefür erbrachte der kommunistische Generalstreik vom Oktober letzten Jahres, der bei einer weniger entschiedenen Abwehr, namentlich seitens der sozialistischen Arbeiter, sich zu einer gefährlichen revolutionären Bewegung hätte ausweiten können. So lässt sich bei aller Anerkennung der Arbeitstüchtigkeit und Widerstandskraft der Österreicher nicht ohne Berechtigung sagen, dass nicht nur das wirtschaftliche Aufblühen, sondern auch die politische Standfestigkeit Österreichs mit amerikanischem Gelde erkaufte worden ist.

Die gegenwärtige Lage wird besonders von zwei Seiten durch Schlaglichter erhellt, durch das Budget für 1952, das die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes widerspiegelt,<sup>1002</sup> und durch die Streitigkeiten zwischen der sowjetrussischen Besetzungsmacht und ihren westlichen Alliierten.

Das Budget für das kommende Jahr erhält sein Merkmal durch das gewaltige Anwachsen der Bilanzsumme auf die Höhe von über 19 Milliarden Schilling (S 19'687'581'900), die im Wesentlichen für Lohn- und soziale Aufwendungen benötigt werden. Die persönlichen Aufwendungen (inkl. Österreichische Bundesbahnen) beziffern sich auf S 7'139'643'700, während die veranschlagten Ausgaben für soziale Angelegenheiten (Sozialversicherungen, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Wohnungsfürsorge, Rentner etc.) sich auf S 3'182'066'600 belaufen. Weit mehr als die Hälfte der Budgetsumme dient somit bloss zur Deckung persönlicher Bedürfnisse in Form von Löhnen, Unterstützungen oder Renten und die ungeheure Steuerbelastung der Wirtschaft muss somit in erster Linie rein administrativen Zwecken dienen. Im Jahre 1938 betrug die Zahl der aktiven Staatsbeamten 201'787; sie ist im Jahre 1949 auf 259'790 und 1951 auf 264'300 gestiegen. Wenn die Pensionisten einbezogen werden, so stehen heute 456'700 staatlichen Lohnbezüglern 384'750 im Jahre 1938 gegenüber.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass das Hauptziel der Innenpolitik in der Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung bestehen müsse. Nicht ohne Grund wird aber gelegentlich das Fragwürdige dieser Politik hervorgehoben, so in einem Artikel der Berichte und Informationen» des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik, in welchem u. a. folgendes ausgeführt wird:

«Wenn Vollbeschäftigung allein schon ein Glück wäre, so müssten die Volksdemokraten die glücklichsten Leute sein. Unsere Vollbeschäftigung deckt viel reinen Anwesenheitsdienst. Acht Stunden ins Büro gehen, gut; aber dann auch noch sechzig Minuten in der Stunde arbeiten? Über die ausreichende Versorgung mit Gütern

---

<sup>1002</sup> In dieser Weise geschrieben.

entscheidet nicht die statistisch erfasste Summe der Beschäftigten, sondern die tatsächliche Summe der Einzelleistungen.

Inzwischen hat der Rückgang der Beschäftigtenzahl begonnen; dazu werden nur bisher wirklich Schaffende arbeitslos, die Tätigkeit eines Ziegelträgers ist jede Stunde kontrollierbar, der Anwesenheitsdienst in einem Amt ist über solche Prüfungen erhaben. «Besonders gefährlich ist aber, dass durch Vollbeschäftigung, Förderung des Wohnungsbaus und Kreditausweitung den durch den internationalen Wirtschaftsauftrieb geförderten inflatorischen Tendenzen Vorschub geleistet wird. In dieser Erkenntnis bemühen sich die führenden Kreise der Regierung und Wirtschaft, illegalen Preissteigerungen zu begegnen, während die Gewerkschaften mit Käuferstreiks und noch «drastischeren Massnahmen» drohen.

Diese Auseinandersetzungen spielen sich ab auf dem Boden eines Landes, das nach wie vor von vier Mächten militärisch besetzt ist. Der österreichische Regierungschef, Bundeskanzler Figl, hat letzter Tage deshalb in einer Rede betont, dass Österreich nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen alles daran setzen müsse, den Staatsvertrag zu erlangen, auch wenn man sich bewusst sei, dass das österreichische Problem eng mit weltpolitischen Fragen verknüpft sei. Was die sehr heftigen Vorwürfe betrifft, die das sowjetrussische Element in letzter Zeit an die westlichen Alliierten und an die österreichische Regierung richtet und mit denen sie der militärischen Wiederaufrüstung bezichtigt werden, so scheint man sie in hiesigen Regierungskreisen im Wesentlichen als propagandistische Aktion zu beurteilen. Auf russischer Seite wird begreiflicherweise namentlich die Neuausbildung und Bewaffnung der österreichischen Gendarmerie sehr ungerne gesehen, da diese nunmehr bei Generalstreiks und ernsthaften Unruhen in wirksamer Weise einzugreifen vermag. In dieser Beziehung lassen sich auch einige Posten des Budgets zur Verdeutlichung heranziehen: Während im Jahre 1951 für die Bundespolizei S 284'556'100 ausgegeben wurden, beläuft sich die entsprechende Summe im Etat für das Jahr 1952 auf S 410'589'000. Wurden für die Bundesgendarmerie im laufenden Jahr S 198'369'300 aufgewendet, so wurde für 1952 der für sie eingesetzte Posten auf S 287'757'000 erhöht. Dass diese Entwicklung von amerikanischer Seite gefördert und unterstützt wurde, mag wohl zutreffen, doch mutet die sowjetrussische Kritik etwas merkwürdig an, wenn man sich in diesem Zusammenhang z. B. der Organisation und Ausbildung der Volkspolizei in der Deutschen Demokratischen Republik (deutsche Ostzone) erinnert. In den Sitzungen des Alliierten Rates nehmen die gegenseitigen Beschuldigungen ihren Fortgang, während die kommunistischen Abgeordneten Ernst Fischer und Genossen im Rahmen einer Anfrage des Linksblocks der Regierung und dem Nationalrat eine Dokumentensammlung unterbreitet haben, mit welcher der Nachweis erbracht werden soll, dass die Bundesregierung an der illegalen Aufrüstung Österreichs aktiven Anteil nehme. Über die Berechtigung der österreichischen Vorkehren dürfte aber im Schosse des Alliierten Rates das entscheidende Wort gesprochen werden und somit

ÖSTERREICH ZWISCHEN DEN MÄCHTEN – BERND HAUNFELDER

- 430** kann dem kommunistischen Vorgehen wohl nur eine propagandistische Bedeutung beigemessen werden.